

AUSSPRACHE

Sozialismus und psychologische Forschung

Eine Erwiderung auf „Integrale
Gemeinwirtschaft?“

In dieser kurzen Zuschrift ist nicht beabsichtigt, zu dem Beitrag von *Ernst Guth* und *Henry Lillich* (Heft 4/1963) allgemein Stellung zu nehmen, obwohl er Punkt für Punkt widerlegt werden könnte und obwohl es erschreckend und bedrückend ist, solchen Gedankengängen in einem Führungsblatt der deutschen Gewerkschaftsbewegung begegnen zu müssen.

Hier sei ausschließlich auf eine bestimmte Art der Begründung der Auffassungen gegen die „Integrale Gemeinwirtschaft“ eingegangen: Der Fortschrittsglaube habe doch manchen Dämpfer erhalten; vor einem Glauben an ein Paradies auf Erden müsse gewarnt werden; der Mensch würde in jeder Gesellschaftsform in Existenzangst und Angst vor dem Schicksal leben; das utopische Menschenbild des Sozialismus sei überholt usw. usw.

Wenigstens in Stichworten soll nachstehend darauf hingewiesen werden, daß diese kulturpessimistischen (der Mensch taugt nichts und wird nie etwas taugen) Glaubenssätze von gestern, die vielfach von Christen gepflegt werden, da sie den Wert jenseitiger Hoffnungen steigern, heute zumindest umstritten sind; wobei jeder reife Mensch aus eigener Erfahrung weiß, daß die echte Tragik des Lebewesens Mensch erst jenseits aller Umweltfaktoren beginnt.

Wir leben im Zeitalter der Wissenschaft. Zu den „modernsten“ Wissenschaften, die wohl gegenwärtig auch die wichtigsten sind, gehören Psychologie und Anthropologie. Sie versuchen zu klären, was der Schöpfer der Elektronengehirne, der Atom- und ABC-Waffen eigentlich selbst ist, welches seine wahren innersten Wünsche und Ziele sind. Aus diesen Forschungen soll sich ergeben und ergibt sich auch mit zunehmender Klarheit, wie die Umwelt, also die Gesellschafts-, Wirtschafts- und politische Ordnung beschaffen sein müßten, die das „Beste“ aus dem Menschen machen, seine besten Kräfte wecken und zugleich sein höchstes Glück möglich machen könnten.

Und da ergibt sich, daß der alte, über Bord geworfene, überheblich belächelte Sozialismus, daß die „dummen“ Utopien vieler Jahrtausende vom „goldenen Zeitalter“, daß — im einzelnen — auch der Wunsch nach Gemeinwirtschaft und Kollektivismus nichts weniger als überholt und vorgestrig sind. Das Gegenteil wird deutlich: Das Herzstück aller Marktwirtschaft, das Herzstück der Verteidigung des

Privateigentums vor allem an den Produktionsmitteln, das auch von *Guth* und *Lillich* in das Zentrum ihrer Gedankengänge gestellt wurde: Die Wettbewerbsordnung als Richtschnur und Motor des menschlichen Wirtschaftens und Lebens, jene Wettbewerbsordnung, die den Kampf aller gegen alle auf allen Ebenen des menschlichen und menschheitlichen Lebens bewirkt, diese Wettbewerbs- und Konkurrenzordnung ist nach zahlreichen neuesten Forschungsergebnissen der Psychologie und Anthropologie keineswegs ein dem Menschen innewohnendes Naturgesetz, sondern eine verhängnisvolle Entartungserscheinung!

Aus der Fülle der neuesten wissenschaftlichen Arbeiten in dieser Richtung soll vorerst nur hingewiesen werden auf den amerikanischen Kulturpsychologen *Norman O. Brown*: „Zukunft im Zeichen des Eros“, auf Professor *Alexander Mitscherlich*: „Auf dem Wege zur vaterlosen Gesellschaft“, auf *Wilfried Daim*: „Die kastenlose Gesellschaft“, auf Professor *Ludwig Marcuse*: „Eros und Kultur“ und auf das psychologische Werk von Professor *Viktor E. Frankl*, u. a.: „Das Menschenbild der Seelenheilkunde“ und sein KZ-Buch (From Death Camp to Existentialism), das demnächst auch in der Bundesrepublik neu erscheinen wird.

Aus dieser Art Forschungsergebnisse wird deutlich, daß die Ziele des Sozialismus — eingeschlossen alle Planwirtschaft, alle Gemeinwirtschaft, allen Kollektivismus — dem weltweiten Umbruch der Menschheitsentwicklung entsprechen, den viele Psychologen und Anthropologen kommen sehen und den sie als Korrektur einer Jahrtausende alten Fehlentwicklung der Menschheit betrachten (Christen sollten hier den Sündenfall der Bibel und die Geschichte von Kain und Abel wiedererkennen).

Zugleich ergibt sich aus diesen Ausblicken die Unzulänglichkeit und Überflächlichkeit aller Kritik an den bisherigen Ergebnissen sozialistischer Anfänge. Was sind fünfzig oder hundert Jahre gegen Jahrtausende alte Gewohnheiten? Bewunderungswürdig ist höchstens (und ein Zeichen der Reife der Zeit), daß bereits so zahlreiche positive Ergebnisse greifbar sind, und nie abzutragen ist der Dank, den wir alle und künftige Generationen den Pionieren schulden.

Zugleich ist die Aufgabe klar: Nicht kleinliche Kritik, sondern Hilfestellung ist das Gebot der Stunde und des Zeitalters. Nicht für krampfhaft reaktionäre Versuche, das Absterbende mit allen Mitteln zu halten, müssen die besten Kräfte auch des Westens eingesetzt werden, sondern für die geistige, wissenschaftliche und auch experimentelle Vorbereitung der endlichen Durchsetzung eines wirklich neuen Weltzeitalters der Menschheit, des Weltzeitalters der Brüderlichkeit, das den Wettbe-

werb, also den Konkurrenzkampf, ablösen wird.

Unerhörte Schwierigkeiten sind zu überwinden. Für erkannte Gefahren, etwa Totalitarismus, Verwaltungsomnipotenz oder auch Indolenz der Massen, müssen die rechten Gegenmittel erforscht werden, um die unvermeidlichen Fehlschläge und Fehlentwicklungen möglichst rasch zu überwinden.

Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.

Melitta Wiedemann, Münden

KAPD gegen Nationalbolschewismus und Leninismus

(Entgegnung zu Helmut Dahmers Beitrag im Mai-Heft 1963)

Die revolutionären Bewegungen im Zuge des Ausgangs des ersten Weltkriegs sind offensichtlich für Historiker und Doktoranden erneut interessant geworden; sie werden gewiß Wert darauf legen, auf Irrtümer aufmerksam gemacht zu werden — von den wenigen damals aktiv Beteiligten, die heute noch am Leben sind. Das erscheint besonders angebracht in bezug auf die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), über die wenig authentisches Material vorhanden ist. Meine Darstellung der Geschichte dieser Partei im 13. Jahrgang des *Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* (Leipzig 1928) dürfte im Untergang derartiger Dokumente in den Nazijahren verschwunden sein, da keine der jetzt publizierten Arbeiten sie zitiert. Statt dessen erscheinen Legenden, die sich auch reichlich in *Schüddekopfs* Buch „Linke Leute von Rechts“ finden und in *Helmut Dahmers* Besprechung im Maiheft 1963 der GM für bare Münze genommen werden. Ich kann hier nur kurz das größte richtigstellen.

Da offenbar die rechts-revolutionären Strömungen besonders interessant für forschende Historiker sind, die die Quellen des deutschen Faschismus aufspüren, wird der Hamburger Gruppe *Wolffheim-Laufenberg*, die sich bei der Gründung der KAP angeschlossen hatte, um sehr bald von dieser ausgeschlossen zu werden, eine Bedeutung beigelegt, die im umgekehrten Verhältnis zu dem Gewicht steht, das diese Gruppe für die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte. Die Behauptung, die Ausschließung der Gruppe *Wolffheim-Laufenberg* sei auf das Drängen der Komintern erfolgt und der Beitritt der KAP als sympathisierendes Mitglied im EKKI wäre abhängig gemacht worden vom Aufgeben der bisherigen grundsätzlichen Einstellung der Partei und von der Anerkennung der *Leninschen* Auffassung in seiner gegen die KAP gerichteten Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrank-

heit des Kommunismus“ — das stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Im Gegenteil: die grundsätzliche, den Leninismus im Sinne *Rosa Luxemburgs* bekämpfende Forderung, die Diktatur des Proletariats dürfe nicht zur Diktatur über das Proletariat und nicht zur Diktatur des Apparates über die Partei werden, weiter die sich für die KAP daraus ergebenden Organisationsformen für die Parteidemokratie und die Betriebsräte, das wurde von *Arthur Goldstein*, *Jan Appel*, *Alexander Schwab* und mir noch im Jahr 1921 vor und auf dem III. Komintern-Kongreß vertreten — natürlich ergebnislos, so daß die Partei nach Rückkehr ihrer Delegation ihren Austritt aus der Komintern erklärte.

Diese Haltung hatte auch zu engen Kontakten in Moskau mit der damals sich um innerparteiliche Demokratie bemühenden russischen Arbeiteropposition geführt, deren Wortführer — bis zu ihrer „Bekehrung“ durch *Trotzki* — *Alexandra Kollontai* war. Das uns von ihr übergebene Manuskript der Plattform der russischen Arbeiteropposition wurde von der KAPD als Flugschrift veröffentlicht — auch ein Dokument, dessen Exemplare im Orkus der Nazi-, „Säuberung“ der Bibliotheken untergegangen sein dürfte. Wenn doch noch ein Exemplar auftaucht, dann sollte es in den so verdienstlichen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* veröffentlicht werden.

Bernhard Reichenbach, London

Ein Briefwechsel

Sehr geehrte Herren,

leider kann ich Ihre Zeitschrift nicht regelmäßig verfolgen, und so gelangt mir Ihre Aprilfolge erst jetzt in die Hand. Ich lese darin einen Angriff auf mich, der von Herrn Dr. *J. W. Brügel* stammt. Gestatten Sie mir bitte, darauf wie folgt zu erwidern:

1. Hinsichtlich meiner Staatsangehörigkeit hat es nie Unklarheiten gegeben. Ich bin von meinem Vater her seit Beginn meines Lebens Österreicher, wurde jedoch außerhalb Österreichs geboren.

2. Ich bin nie Pressechef der Sudetendeutschen Partei gewesen.

3. Was meine Äußerungen aus der Zeit vor 1945 betrifft, die in dem Aufsatz des Herrn Dr. Brügel erwähnt und teilweise wiedergegeben werden, so kann ich den Wortlaut nicht prüfen, da mir selbst keine Unterlagen zur Verfügung stehen. Die Tatsache, daß ich im Winter 1938/39 in der Slowakei schriftliche Zusammenfassungen über damals aktuell erscheinende Fragen und Wünsche und Ende 1943 im Lazarett eine Niederschrift der Art gefertigt habe, wie Dr. Brügel sie zitiert, streite ich nicht ab.

4. Hinsichtlich dessen, was ich während des zweiten Weltkrieges veröffentlichen konnte, hätten im Interesse der Vollständigkeit des Bildes auch zwei Aufsätze erwähnt werden können, die 1941 im „Jahrbuch des Instituts für deutsche Ostarbeit“ bzw. 1944 in der „Zeitschrift für Völkerrecht“ erschienen sind. Sie enthalten durchaus nicht nur Wendungen, die man heute widerspruchslos lesen kann, andererseits gelangt die erste zum Ergebnis, daß „die Macht der führenden Völker, die in der Mitte von Großräumen stehen, gegenüber den ihnen zugeordneten Völkern genauso groß sein (werde) wie ihre innere, sittliche Bereitschaft, die Verantwortung für deren Wohlergehen zu übernehmen. So wird das *gerechte Walten der Macht* (Hervorhebung im Original) das Kriterium für den Gegensatz zwischen altem Imperialismus (im Sinn einer bloß mechanischen Machtausweitung) und einer echten völkerrechtlichen Großraumordnung der Zukunft sein. Hier — und hier allein — liegt nach unserer Überzeugung der Quellpunkt für eine endliche politische Gesundung unseres Erdballs“ (a.a.O. S. 87 f.). Der andere der beiden Aufsätze behandelt das kroatische Nationalitätenrecht und schließt mit der Feststellung, daß dieses Recht solange unvollständig sei, als es sich darin erschöpfe, den Deutschen eine Sonderstellung einzuräumen, die nicht durch gleichartige Regelungen zugunsten aller anderen auf dem Boden des damaligen kroatischen Staates siedelnden Volksgruppen — wobei insbesondere an die aus konfessionellen Gründen hart bedrängten Serben zu denken war — ergänzt werde.

5. Die Zeit zwischen 1945 und 1948 habe ich als „automatic-arrest“-Fall in einem britischen Internierungslager zugebracht, mich nach der Rückkehr in die Heimat dem für ehemalige Nationalsozialisten vorgesehenen Verfahren unterworfen und sodann bis 1956 freiwillig berufsfremd gearbeitet, davon über drei Jahre in der Schweiz, wobei der dortigen Fremdenpolizei meine politische Vergangenheit bekannt war, ohne daß sich daraus für mich irgendein Nachteil ergeben hätte. Während dieser Zeit habe ich mich bemüht, Abstand zu gewinnen und mit mir selbst ins Reine zu kommen. Meine Rückkehr zu rechtswissenschaftlicher Tätigkeit und diese selbst hat sich seither in ständiger enger Fühlung mit Parlamentariern insbesondere der beiden großen Parteien vollzogen.

6. In dem Aufsatz des Herrn Dr. Brügel findet sich ein Zitat, das ich kontrollieren kann. Es handelt sich um einen Vortrag, den ich am 14. Mai 1960 in Düsseldorf über die Rechtsgrundlagen des zukünftigen deutschen Friedensvertrags gehalten habe. Die in Betracht kommenden Ausführungen werden von Herrn Dr. Brügel, wie ich meine, unvollständig wiedergegeben. Ganz gewiß werden sie unrichtig ausgelegt, wenn behauptet wird, daß sie sich

an Nichtdeutsche gerichtet hätten. Die Stelle heißt im Zusammenhang: „... jene unheilvolle Faszination durch die nackte Macht, der einst erlegen zu sein wir ehemaligen Nationalsozialisten heute als Irrtum und Verfehlung eingestehen. So ist es eine eigene Tragik, wenn wir es sind, die jetzt die Pflicht empfinden, als Warner vor unseren eigenen Fehlern der Vergangenheit aufzutreten. Indes: wir können und dürfen uns dieser Pflicht nicht entziehen. Ob man unser Wort beachtet oder ob es übertönt wird vom Chor derer, die entschlossen sind, uns unter gar keinen Umständen zuzuhören — eine Haltung, die wir unter tiefem persönlichen Bedauern achten müßten —, ist eine der Fragen, die für die Zukunft vielleicht nicht ganz ohne Bedeutung sind ...“

7. Was ich zu meiner Rechtfertigung anzuführen habe, ist mit diesen Worten und insbesondere mit der Parenthese gesagt. Ähnliches habe ich öfter gesagt und geschrieben: „... Angesichts des Widerstreits zwischen Recht und rechtswidriger Macht hat Deutschland in der Vergangenheit allzuoft die Haltung des Rechtsverächters an den Tag gelegt ... Diese Fehlhaltung richtigzustellen, sind die Deutschen nicht nur sich selber, sondern den vielen Nichtdeutschen schuldig, die heute ... unter der Wirklichkeit terroristischer Verfassungssysteme zu leiden haben ... Die vorsätzliche Kränkung des ... Rechtsbewußtseins breiter Massen ... ist gefährlich — um so mehr, wenn es sich um Menschen handelt, die ein widersittliches Zwangssystem hinter sich haben und um Selbsterziehung im Geist rechtsstaatlicher Menschlichkeit bemüht sind“ (vgl. „Der Monat“, Heft 164, Mai 1962, S. 94). Oder: „... Was wir zu erkennen haben, ist ... das eigene Verschulden, indem wir vor zwei-einhalb Jahrzehnten und noch früher im Zeichen des Volkstumsgedankens ausgezogen sind, seine Übersteigerung und Pervertierung ins Gräßliche miterlebt und mitdurchlitten haben und nun — bestürzt, ernüchtert, beschämt, aber hoffentlich weiser und besser geworden — aufgerufen sind, unsere Stimme warnend zu erheben, da wir ein Unheil kommen sehen ...“ (vgl. Das Recht auf die Heimat, Bd. 4, München 1960, S. 61f.). Weitere ähnliche Belege ließen sich anführen.

8. Ich weiß gut, daß mir selbst kein Urteil darüber zusteht, ob das, was ich als meine wissenschaftliche Meinung und politische Überzeugung seit Jahren in Wort und Schrift vertrete, von der Umwelt eines humanitär-freiheitlichen Rechtsstaats als glaub- und vertrauenswürdig angesehen werden kann. Ich bitte aber darum, das Urteil über diese Frage nicht von einer Auswahl der Unterlagen abhängig zu machen, die nicht alles zeigt, was in dieser Hinsicht zur Grundlage eines abwägenden Urteils dienen kann.

Dr. Dr. Kurt Rabl, München

AUSSPRACHE

Sehr geehrter Herr Dr. Rabl, vor einigen Wochen schrieben Sie mir einen Brief, in dem es heißt:

„Da ich meine, daß mir darin (in dem Aufsatz von Dr. Brügel) nicht in jeder Hinsicht recht geschieht, liegt mir daran, mit Ihnen gemeinsam einen Weg zu suchen, der dasjenige richtigstellt, was m. E. richtiggestellt werden sollte.“

In einer persönlichen Begegnung haben wir diesen von Ihnen gewünschten Weg gefunden: den Lesern des Aufsatzes von Brügel wird nun Ihre Darstellung unterbreitet. Die Bewegung, in deren Dienst Sie, sehr geehrter Herr Doktor, viele Jahre lang standen, war freilich weniger tolerant ...

In unserem Gespräch, das mich noch lange beschäftigt hat, meinten Sie, daß das alles doch sehr weit zurückliege und daß Sie gerade deswegen, weil Sie so eng einem totalitären Regime verbunden waren, verpflichtet und berufen seien, Ihre damaligen Erfahrungen im Kampf gegen den Kommunismus nutzbar zu

machen. Ich muß hier wiederholen, was ich Ihnen neulich sagte: Uns, die wir zu allen Zeiten waren, was Sie heute zu sein glauben — Demokraten und Liberale — geht es nicht darum, den Schuldigen der Tausend Jahre das Weiterleben zu erschweren. Wohl aber meinen wir, daß Menschen wie Sie, die in reifen Jahren so furchtbar geirrt und durch diesen Irrtum so unaussprechliches Unrecht und Unheil mit heraufbeschworen haben, nicht berufen sind, sich wieder zu Wortführern politischer Bewegungen zu machen.

Dagegen und damit als Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit wurde der Aufsatz von Dr. Brügel (GM 4/1963) geschrieben. Wie berechtigt Brügels Warnungen sind, das hat — wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte — der Verlauf des Schlesiertreffens 1963 bewiesen. Wir Älteren haben das alles schon einmal erlebt; im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens haben wir uns gelobt, nicht wieder so vertrauensselig zu sein, wie viele von uns es, zum Unglück der Welt, vor 1933 waren ...

Dr. Walter Fabian